



# Rundbrief

März 2018

## VORHANG AUF FÜR FÜNF NEUE VORSTANDSMITGLIEDER

### Liebe Leserinnen und Leser

Der Vorstand der SHV erneuert und verjüngt sich! Nach verschiedenen Rücktritten in den letzten beiden Jahren freue ich mich, dass wir an der Generalversammlung fünf Personen in den Vorstand wählen konnten, die sich für die Aufgaben der SHV engagieren werden.



**Mario Andermatt** hat Neueste Geschichte und Germanistik studiert und schliesst gegenwärtig sein Masterstudium in Europastudien an der Universität Fribourg ab. Teilzeitlich arbeitete er im EDA und in den Parlamentsdiensten. Die Bedeutung von international anerkannten Menschenrechten ist ihm auch bei der Betreuung von Asylsuchenden bewusst geworden.

**Cécile Blaser** ist Diplomassistentin am Fachbereich Europastudien der Universität Fribourg und schreibt eine Doktorarbeit zur Frage der Übertragbarkeit des deutsch-französischen Versöhnungsmodells auf die Länder Ex-Jugoslawiens. Sie hat im Rahmen Ihrer Forschungen auch an der Hebräischen Universität in Jerusalem studiert. Früher schrieb sie als Reporterin und freie Journalistin für verschiedene Printmedien.

**Marie-Ursula Kind** studierte an der Universität Zürich und erwarb den LL.M. in Cambridge (UK) sowie das Zürcher Anwaltspatent. Anschliessend arbeitete sie als Assistentin bei Prof. Daniel Thüer, unserem langjährigen Vorstandsmitglied. Von 2000 bis 2010 war sie bei der Anklagebehörde des UNO Kriegsverbrechertribunals für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag (NL) tätig. Es folgten Einsätze für den Schweizer Expertenpool für zivile Friedensförderung in Bosnien und Herzegowina, Genf und Kosovo. Seit Dezember 2017 leitet Marie-Ursula Kind die Kontakt- und Beratungsstelle für Sans-Papiers in Luzern.

**Daniel Müller** hat an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften den Bachelor für Mehrsprachige Kommunikation erworben und anschliessend das Masterstudium in Europastudien an der Universität Fribourg absolviert. Er war daneben Projektassistent für ein Entwicklungsprojekt des ASCN zur Förderung der Geisteswissenschaften im Südkaukasus und zuvor Mitarbeiter in der Kommunikationsabteilung der Stiftung Biovision.

**Nicholas Rüegg** arbeitet als Parlamentsführer in den Parlamentsdiensten, wo er regelmässig mit Fragen zur Demokratie und zum Rechtsstaat konfrontiert ist. Ausgebildet ist er in Mehrsprachiger Kommunikation (B.A. der ZHAW) und aktuell absolviert er ein Masterstudium in Europastudien an der Universität Fribourg. Dort setzt er sich u.a. mit internationalen Organisationen und mit Menschenrechten auseinander.

Ich heisse die neuen Mitglieder herzlich willkommen und bin überzeugt, dass sie alle aufgrund ihrer bisherigen Tätigkeiten und ihrer Fähigkeiten den Vorstand bereichern und wichtige Beiträge zu den Aufgaben der SHV leisten werden.



SHV-Vorstandsmitglieder / Teilnehmer der SHV-GV am 26. Februar 2018 (von links nach rechts): Mario Andermatt, Nicholas Rüegg, Malcolm McLaren, Daniel Müller, Berry Kralj, Christoph Lanz (Präsident), Olivier Battaglia, Franziska Rich, Rolf Stücheli, Cécile Blaser

### Was können Sie in diesem Rundbrief erfahren?

Die SHV hat im Juli 2017 in Mostar (Bosnien-Herzegowina BiH) als Pilotprojekt eine **Sommerschule „Challenge History“** durchgeführt, an der 20 Schülerinnen und Schüler aus BiH, Serbien und Kosovo teilgenommen haben. Wir haben im letzten Rundbrief vom November 2017 ausführlich darüber berichtet.

**Jugendarbeit wird im Westbalkan auch von anderen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen geleistet.** In diesem Rundbrief berichten drei Vorstandsmitglieder, welche Aktivitäten **Frankreich und Deutschland** in Gang gesetzt haben. Diese beiden Staaten und ihre Bevölkerung hatten nach den schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs die enorme Aufgabe, sich zu versöhnen. Heute wissen wir, dass die Jugendarbeit und Begegnungen zwischen deutschen und französischen Jugendlichen dazu beigetragen haben, dass die beiden Staaten seit vielen Jahrzehnten friedlich zusammenleben und dass sie auch wesentliche Akteure für die friedliche Zusammenarbeit der Staaten in Europa wurden. **Daniel Müller** beschreibt die Geschichte und Bedeutung des Deutsch-Französischen Jugendwerks DFJW. **Cécile Blaser** orientiert über die Südosteuropa-Initiative der beiden Staaten, durch die das DFJW beauftragt wurde, im Westbalkan Jugendarbeit zu leisten. **Nicholas Rüegg** befasst sich mit dem Regional Youth Cooperation Office RYCO, dem regionalen Jugendwerk, welches in Anlehnung an das DFJW im Jahr 2016 von sechs Staaten des Westbalkans gegründet wurde.

Die SHV möchte an den Erfolg beim Projekt „Challenge History“ anknüpfen und unterstützt lokale Nichtregierungsorganisationen aus Kosovo, BiH, Serbien und Mazedonien, in diesem Jahr wiederum eine Sommerschule **„Challenge History 2“** durchzuführen. **Vizepräsident Malcolm McLaren** berichtet darüber.

Im Dezember 2017 fanden in Wien die Parallelkonferenz der **Civic Solidarity Platform CSP** sowie die **Ministerkonferenz der OSZE-Teilnehmerstaaten** statt. Ich habe die SHV an beiden Anlässen vertreten und orientiere Sie über meine Erfahrungen.

Christoph Lanz, Präsident

P.S. Beachten Sie den Hinweis auf die **Jahresveranstaltung** am Schluss des Rundbriefs

## CHALLENGE HISTORY UND DER GEIST DES DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN FREUND-SCHAFTSVERTRAGS

Im letzten Rundbrief berichtete Thomas Kadelbach von der Sommerschule *Challenge History* im bosnischen Mostar. 20 Schülerinnen und Schülern aus dem Westbalkan wurde dadurch ein länderübergreifender Zugang zur Geschichte ihrer Heimatregion ermöglicht. Dass eine aktive Politik im Bereich des Jugendaustausches wertvoll für den Abbau von gegenseitigen Vorurteilen und Feindbildern ist und langfristig befriedende Wirkung besitzt, beweisen auch die Begegnungsprogramme des *Deutsch-Französischen Jugendwerks* (DFJW).



Foto: DFJW

Im Jahre 1945 war eine Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich nur schwer vorstellbar. Zu vorbelastet waren die Ressentiments in den beiden Gesellschaften von der jahrhundertelangen Erbfeindschaft, welche im gerade zu Ende gegangenen Weltkrieg einen erneuten Höhe- bzw. Tiefpunkt erfahren musste. Um den Frieden auf dem europäischen Kontinent dieses Mal langanhaltend zu sichern, entstand 1950 mit dem Schuman-Plan die Idee, das kohle- und stahlreiche Ruhrgebiet unter supranationale Kontrolle zu stellen. Die friedenssichernden Konzeptionen der daraus entstandenen *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* (EGKS) und die 1957 durch die Unterzeichnung der Römer-Verträge gegründete *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG) basierten somit in einer frühen Phase viel eher auf der Kontrolle Deutschlands denn auf wechselseitigem Vertrauen.

### De Gaulles und Adenauers Freundschaftsvertrag

Ein gegenseitiges Vertrauen als zentrale Essenz freundschaftlicher Beziehungen sollte sich politisch erst mit den diplomatischen Bemühungen Charles de Gaulles und Konrad Adenauers entwickeln und im sogenannten *Élysée-Vertrag* von 1963 festgehalten werden. In diesem wurden regelmäßige Treffen der beiden Regierung vereinbart sowie die beiden Staaten zu bilateralen Konsultationen hinsichtlich aller wichtigen Fragen der Aussen-, Sicherheits-, Kultur- und Jugendpolitik verpflichtet. Zur Ausgestaltung letzterer Komponente wurde noch im selben Jahr die Gründung einer *Organisation zur Förderung der Beziehungen zwischen der deutschen und der französischen Jugend* vereinbart, woraus das *Deutsch-Französische Jugendwerk*, kurz DFJW, entstand.

Der Errichtung dieses binationalen Jugendwerks lag der Gedanke zugrunde, dass ein langanhaltender Frieden in

Europa nur durch ein gutes Verhältnis zwischen den beiden Ländern erreicht werden kann, welche über eine entsprechende Sensibilisierung der heranwachsenden Generationen zu erreichen ist. Das grenzübergreifende Jugendwerk fördert seither den Austausch zwischen jungen Menschen aus Deutschland und Frankreich auf Basis von Studenten- und Schüleraustauschen, beruflichen Bildungsprogrammen und ausserschulischen Jugendbegegnungen<sup>1</sup>. Ziel der Bemühungen ist dabei die Schärfung des gegenseitigen Verständnisses gegenüber historischen, sprachlichen und kulturellen Besonderheiten des Nachbarlandes. Dafür werden vom Jugendwerk u. a. interkulturelle und sprachliche Methoden gefördert und entsprechende pädagogische Materialien entwickelt.

Das DFJW fördert jedes Jahr durchschnittlich knapp 9'000 Begegnungen (mehr als 5'100 Gruppen- und rund 3'200 Individualaustauschprogramme), an denen die letzten Jahre jeweils rund 200'000 Jugendliche teilnahmen. Seit 1963 ermöglichte das Jugendwerk über 8,4 Millionen jungen Deutschen und Franzosen die Teilnahme an über 320'000 Austauschprogrammen und Begegnungen. Nebst der Durchführung eigener Programme gewährt es ebenso Individualstipendien und unterstützt Jugendverbände, Städtepartnerschaften, Sportvereine sowie Vereine aus dem Kunst- und Kulturbereich bei entsprechenden Projekten. Heute können an den vom DFJW unterstützten und organisierten Jugendbegegnungen und -projekten ebenso junge Menschen aus europäischen – und vereinzelt weltweiten – Drittländern teilnehmen, was die Organisation somit auch über das deutsch-französische Verhältnis hinaus zu einer bedeutsamen Triebfeder für den Austausch zwischen Jugendlichen Europas und aller Welt macht.

### Die verbindende Wirkung des Jugendwerkes

Die seit 1963 entstandene Stabilität zwischen der Bundesrepublik und Frankreich war für die Nachkriegsgenerationen äusserst prägend. So dürfte es zweifellos auf den steten Austausch – sowohl auf offizieller wie auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene – zwischen den beiden Ländern zurückzuführen sein, dass sich Deutschland und Frankreich seither nicht mehr als Erbfeinde, sondern als vertrauenswürdigen Nachbarn erachten. Der Erfolg dieser Vorgehensweise widerspiegelt sich in den teilweise historisch bedeutsamen politischen Freundschaften zwischen seinen Regierungsspitzen: Ein auf Vertrauen basierendes Verhältnis zweier Nachbarn, welches auch von Angela Merkel und Emmanuel Macron weiterhin intensiv gepflegt wird.

Auch wenn hierbei der *Élysée-Vertrag* und seine dadurch geförderten Begegnungsprogramme für Jugendliche nicht als ultimativer Startpunkt für die ausgesöhnte Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich gewertet werden soll – schliesslich strebten schon zuvor diverse Politiker, Organisationen, Verbände und Einzelpersonen verbesserte Relationen der beiden Länder an –, dürfte die dadurch erreichte institutionalisierte Freundschaft eine Annäherung beider Zivilgesellschaften massgeblich beschleunigt haben. Diese deutsch-französische Variante der *Art of Facing the Past for the Future* ist im andauernden Erfolg des DFJW erkennbar. Basierend auf diesem befriedenden

<sup>1</sup> «Das Jugendwerk hat die Aufgabe, die Bande zwischen der Jugend der beiden Länder enger zu gestalten und ihr Verständnis füreinander zu vertiefen; es hat hierzu die Jugendbegegnung und den Jugendaustausch anzuregen, zu fördern und gegebenenfalls selbst durchzuführen.» (Artikel 2(1) des Gründungsabkommens des DFJW)

<sup>2</sup> Aus der Präambel zur Verfassung der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

Paradebeispiel sieht auch die SHV eine Bekräftigung ihrer grundsätzlichen Überzeugung, dass der Frieden eine Erlungenschaft darstellt, die insbesondere auf der menschlichen Ebene erreicht werden muss. Dies bestärkt so auch die Wichtigkeit von Begegnungsprojekten wie demjenigen, welches die SHV innerhalb ihrer Möglichkeiten im Westbalkan unterstützt. Denn wenn „Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden.“<sup>2</sup>

Daniel Müller,  
Vorstandsmitglied SHV

## DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE VERSÖHNUNG: EIN MODELL FÜR DEN BALKAN?

**Das *Deutsch-Französische Jugendwerk* (DFJW) sah sein Wirkungsfeld von Anfang an nicht nur in einer rein binationalen sondern auch auf einer europäischen Ebene. Ab 1976 öffnete es seine Programme nach und nach für Teilnehmer aus Drittländern. So kam es 2000 per Regierungsauftrag zur Gründung der *Südosteuropainitiative* (SOE-Initiative) des DFJW, eine Initiative, welche anhand des deutsch-französischen Modells nach dem Ende der Jugoslawienkriege zur Stabilität in der Region Südosteuropas und zur Versöhnung ihrer Menschen beitragen sollte.**

In den Originalstatuten des *Deutsch-Französischen Jugendwerks* (DFJW) von 1963 heisst es, dass das Jugendwerk „bei der Erfüllung seiner Aufgaben die Grundsätze der Zusammenarbeit und der Verständigung unter den Ländern Europas“ verfolge<sup>1</sup>. Bereits von Beginn an sah das DFJW sein Arbeitsfeld also nicht nur in einem rein deutsch-französischen, sondern auch in einem europäischen Kontext und es setzte Hoffnung daran, dass die deutsch-französische Zusammen- und Versöhnungsarbeit einen Beitrag für die europäische Integration sowie für die Völkerverständigung und Friedenssicherung in Europa würde leisten können.

Ganz in diesem europapolitischen Geiste des Jugendwerks – wonach Deutschland und Frankreichs eine besondere Verantwortung in Europa wahrnehmen sollen – entstanden ab 1976 die sogenannten *trilateralen Programme* des DFJW, indem das Kuratorium des DFJW beschloss, eine gewisse Anzahl deutsch-französischer Programme auch für Teilnehmer aus Drittländern zugänglich zu machen<sup>2</sup>. Die Öffnung der Programme beschränkte sich anfangs auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft; infolge des Mauerfalls und der demokratisierenden Tendenzen in Osteuropa erweiterte und intensivierte das DFJW in den 1990er Jahren seine trilateralen Programme jedoch auch auf die Länder Mittel- und Osteuropas sowie die Länder des südlichen Mittelmeerraums und ab 2014 auch auf die Länder der östlichen Partnerschaft, sprich Russland, Weissrussland, Ukraine, Armenien, Aserbaidschan und Georgien.

Im Jahre 2000, nach dem Ende des Kosovo-Krieges und nachdem das DFJW ein erstes, unter der Schirmherrschaft

der UNICEF stehendes Projekt in mazedonischen Flüchtlingslagern gefördert hatte, baten die deutsche und französische Regierung – anlässlich des Deutsch-Französischen Gipfels am 9. Juni 2000 in Mainz – das DFJW, seine trilaterale Aktivität auch um den geopolitischen Schwerpunkt der Länder Ex-Jugoslawiens zu erweitern.



Foto: DFJW

Per Regierungsauftrag sollte das Jugendwerk eine langfristige Zusammenarbeit mit Partnern in Südosteuropa aufbauen und damit Verbände und Vereine, Bildungseinrichtungen und lokale Jugendorganisationen stärken. Diese Zusammenarbeit werde dazu beitragen – so waren sich die beiden Regierungen sicher – dass sich Jugendliche aus Deutschland, Frankreich sowie den Ländern Ex-Jugoslawiens kennenlernen und im Dialog miteinander die Kultur des anderen achten lernen, „ganz im europäischen Geist der Toleranz und Brüderlichkeit.“<sup>3</sup>

In der *Erklärung zu Südosteuropa* halten der französische Präsident Jacques Chirac, der französische Premierminister

Lionel Jospin und der deutsche Bundeskanzler Schröder fest, dass „Deutschland und Frankreich ihre gemeinsamen Anstrengungen zur Sicherung von Frieden und Stabilität in der Region und zur Versöhnung ihrer Menschen fortsetzen und intensivieren“ sollen. Deutschland und Frankreich seien sich „der Lehren aus ihrer Geschichte und des exemplarischen Charakters ihrer Versöhnung“ bewusst und seien überzeugt, „dass sich ihr Modell des Austauschs und der freundschaftlichen Kontakte auf allen gesellschaftlichen Ebenen fruchtbringend auf Südosteuropa anwenden lässt.“<sup>4</sup>

Bei der *Südosteuropa-Initiative* (SOE-Initiative) sollte es also darum gehen, anhand des Jugendaustauschs nach dem Ende der Jugoslawienkriege zum Aufbau und zur Sensibilisierung der Zivilgesellschaft, zu einer friedlichen und demokratischen Entwicklung in Südosteuropa sowie zu Dialog und Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Strukturen aus Frankreich, Deutschland und den Ländern Ex-Jugoslawiens beizutragen.



Foto: Cécile Blaser

Obwohl die beiden Regierungen explizit von einem Modell der deutsch-französischen Versöhnung für den Balkan sprachen, waren die Akteure der SOE-Initiative stets bemüht, nicht von einem Modell, sondern von einer Inspiration und einem möglichen deutsch-französischen Lernfeld zu sprechen, das über gewisse „Instrumente, Erfahrungen und Methoden“ verfügt, die „für den Versöhnungsprozess und Südosteuropa von Nutzen sein können.“<sup>5</sup> Inwieweit die Arbeit des DFJW im Balkan also als Modell oder eben nicht

als Modell gewertet werden kann, untersucht die Autorin dieses Artikels im Rahmen ihrer Dissertation an der Universität Fribourg.



Foto: DFJW

Fest steht, dass sich die SOE-Initiative bis heute dafür engagiert, anhand ihrer Programme Jugendliche aus Frankreich, Deutschland und den Ländern Ex-Jugoslawiens zusammenzubringen, diese in ihrem Engagement für eine demokratische Entwicklung im Westbalkan zu unterstützen oder dafür zu motivieren und sich somit „gegen das Klima des Nationalismus, der Fremdenfeindlichkeit und der politischen Apathie zu wehren“ und „(unter schwierigen Bedingungen) den europäischen Gedanken und die Demokratie auf dem Westbalkan weiterzuentwickeln.“<sup>6</sup>

Seit Beginn der Südosteuropa-Initiative haben gemäss Angaben des Jugendwerks etwa 11'000 Jugendliche, junge Erwachsene und Multiplikatoren aus Deutschland, Frankreich und den Ländern des ehemaligen Jugoslawien teilgenommen und somit gemeinsam gelernt, sich zu unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Erfahrungen, Realitäten und Fragestellungen ausgetauscht, die Kultur des Anderen sowie die eigene Kultur entdeckt und reflektiert sowie politische, wirtschaftliche, soziale und geschichtliche Aspekte der jeweils anderen Länder entdeckt.

Cécile Blaser  
Vorstandsmitglied SHV

<sup>1</sup> Vgl. OFAJ/DFJW, *Abkommen Zwischen Der Regierung Der Bundesrepublik Deutschland und Der Regierung Der Französischen Republik Über Die Gründung Des Deutsch-Französischen Jugendwerks* (Paris/Bonn, 1963) <<http://www.france-allemande.fr/Abkommen-zwischen-der-Regierung,393.html>> (8.1.2018).

<sup>2</sup> Zwar finden die trilateralen Programme bereits 1971 Erwähnung in den Richtlinien des DFJW, jedoch wurden erst ab 1976 die ersten Projekte mit Ländern der Europäischen Gemeinschaft vom DFJW gefördert (Vgl. DFJW/OFAJ, 'Die Trilateralen Programme Des DFJW', *Webseite Des DFJW*, <<https://www.dfjw.org/das-dfjw-und-das-trilaterale.html>> [9.1.2018]).

<sup>3</sup> Jacques Chirac, Lionel Jospin und Gerhard Schröder, *Erklärung Zu Südosteuropa - 75. Deutsch-Französischer Gipfel in Mainz (9. Juni 2000)* (Mainz, 2000) <<https://www.france-allemande.fr/Erklärung-zu-Südosteuropa-75,329.html>> (8.1.2018).

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> DFJW/OFAJ: *Neue Brücken für den Balkan, Die Südosteuropa-Initiative des DFJW, Arbeitsmaterialien*, Paris/Berlin 2006, S. 10.

<sup>6</sup> OFAJ/DFJW, 'Jahresbericht 2016, über die Südosteuropa-Initiative des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW)', *Webseite des DFJW*, <<https://www.dfjw.org/media/programmes/soe-jahresbericht-2016.pdf>> (14.2.2018).

## AUS DER REGION FÜR DIE REGION: THE REGIONAL YOUTH COOPERATION OFFICE (RYCO)

Das in Anlehnung an das *Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW)* entstandene Projekt RYCO – das erste regionale Jugendwerk der noch nicht in die EU integrierten Balkanstaaten, den so genannten „Balkan-6“, – wurde am 4. Juli 2016 in Paris durch die Unterschriften der Regierungen aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien institutionalisiert.



Western-Balkan-Summit Paris

Foto: RYCO

Seit dem Ende der Jugoslawien-Kriege (1991-2001) haben zahlreiche internationale, nationale, staatliche und nichtstaatliche Organisationen – wie auch die SHV oder das *Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW)* mit seiner Südosteuropa-Initiative – in der Westbalkan-Region bilaterale oder multilaterale Jugendbegegnungen organisiert. Diese zielten u.a. auf eine Versöhnung in der Gesellschaft ab, wobei dieses Vorhaben auf politischer Ebene schlichtweg (noch) nicht möglich war.

Während die Begegnungen oft zum Ziel hatten, Vorurteile, Ängste und Intoleranz abzubauen, die Bürgerpflichten zu stärken und den Aussöhnungs- sowie Demokratisierungsprozess in der Region voranzutreiben, wurde klar, dass die Jugendlichen in der Region zwar durchaus ethnischen Spannungen ausgesetzt sind, die sie spalten. Gleichzeitig haben viele Jugendliche und junge Erwachsene aus dem Westbalkan mit ähnlichen Problemen zu kämpfen wie etwa Arbeits- und Perspektivlosigkeit oder dem Aufwachsen in einem Umfeld, in dem ethnisch-nationalistische Ideen dominieren und gesellschaftspolitische Diskrepanzen herrschen.

Obwohl die Jugendlichen aus dem Westbalkan diese Probleme und Themenfelder teilen, fehlte es bislang an einer konkreten Institution und an Projekten, die nicht von ausserhalb, sondern in regionaler Kooperation im Westbalkan organisiert und gleichzeitig – und dies ist besonders wichtig – auch von den Regierungen der Länder unterstützt werden. Denn: für einen erfolgreichen Versöhnungsprozess ist nicht nur das Engagement der Zivilgesellschaft (bottom-up), sondern auch die Unterstützung der Politik (top-down) essentiell.

Im Zuge der von Bundeskanzlerin Angela Merkel initiierten *Konferenz zum Westlichen Balkan* am 28. August 2014 in Berlin, wurde der so genannte *Berlin-Prozess* losgetreten, mit dem Ziel, durch jährliche Treffen auf höchster Regierungsebene (2015 in Wien und 2016 in Paris) und durch verstärkte Kooperation die noch nicht

in die EU integrierten Länder des westlichen Balkans – Bosnien, Serbien, Montenegro, Mazedonien, Kosovo und Albanien – näher an die EU heranzubringen und die Beziehungen zu diesen möglichen zukünftigen EU-Mitgliedsstaaten zu fördern.

In Berlin wurde die Idee eines institutionalisierten regionalen Jugendwerks bestärkt und insbesondere vom serbischen Premier Minister Aleksandar Vučić und seinem albanischen Amtskollegen, Edi Rama, vorangetrieben. Die beiden Regierungsvertreter untermauerten die Idee zunächst innerhalb des albanisch-serbischen Kontextes, um sie später dann überregional zu forcieren. Bereits bei der nächsten Westbalkan-Konferenz 2015 in Wien gaben die sechs Staaten eine gemeinsame Erklärung ab, ein regionales Jugendwerk gründen zu wollen. In dieser Erklärung wurde festgelegt, dass eine Arbeitsgruppe konkrete Vorschläge in Hinblick auf Zweck, Struktur, Aktivitäten und Finanzierung dieses künftigen Jugendwerks sammeln soll. Basierend auf diesen Vorschlägen wurden der Vertrag sowie die Statuten vom *Regional Youth Cooperation Office*, kurz RYCO, in Paris im Jahr 2016 verabschiedet. Das erste südosteuropäische Jugendwerk war entstanden.



Opening of the Local Branch Office in Kosovo

Foto: RYCO

Als Quelle der Inspiration bei der Schaffung von RYCO erwies sich das *Deutsch-Französische Jugendwerk*, das nach dem zweiten Weltkrieg zur Versöhnung von Deutschland und Frankreich beitrug. Das DFJW sollte aber nicht nur als Vorbild dienen: Während der Konferenz in Wien wurde von den sechs Ländern des Westbalkans implizit gewünscht, dass das DFJW die RYCO-Arbeitsgruppe tatkräftig beim Aufbau unterstützen soll. Somit übernahm das DFJW während des gesamten Schaffungsprozesses eine federführende Rolle – zusammen mit den Regierungen aus Deutschland, Österreich und Frankreich.

Obwohl für den anfänglichen Entwicklungsprozess von RYCO grösstenteils externe Akteure zuständig waren,

war es für diese stets ein Anliegen zu gleichen Teilen zivilgesellschaftliche Akteure aus der Region in den Aufbauprozess einzubeziehen. Aus dieser Gegebenheit heraus entwickelte sich ein markanter Unterschied im direkten Vergleich zwischen dem DFJW und RYCO: im Vorstand von RYCO befinden sich heute nicht nur Regierungsvertreter, sondern auch genauso viele Vertreter aus Jugendorganisationen – NGOs und Organisationen wie dem Nationalen Jugendkongress von Albanien oder dem Nationalen Jugendrat von Serbien, etc. –, die oftmals bereits über langjährige Erfahrung im Jugendaustausch in der Region verfügen.

RYCO unterscheidet sich in drei Punkten grundlegend von anderen Jugendorganisationen: Erstens kann RYCO als Jugendaustausch-Förderprogramm gesehen werden, das von Regierungen ins Leben gerufen wurde, deren Ziel es nicht ist, bestehende Jugendorganisationen zu ersetzen, sondern die existierenden zu unterstützen, um grenzübergreifende und regionale Projekte voranzubringen und auszuführen. Die Unterstützung ist dabei nicht nur finanzieller Art, sondern dazu kommen auch Beratung und Begleitaktivitäten wie beispielsweise Weiterbildungen für Ausbilder. Zweitens ist RYCO ein Jugendaustausch-Förderprogramm, das – trotz der Unterstützung durch die EU – die Entscheidungen bezüglich der strategischen Ziele, Finanzierung und zu unterstützenden Projekte innerhalb der Regionen selbst bestimmen soll. Das regionale Jugendwerk ist bei seinen Entscheidungen also nicht direkt von Brüssel oder Strassburg abhängig, obwohl es europäische Werte wie den Geist der Zusammenarbeit, das Verständnis für ein friedliches Zusammenleben und die Toleranz gross-schreibt und fördert. Schliesslich ist RYCO im eigentlichen Sinne weniger ein Programm als vielmehr eine Institution, die Symbolkraft ausstrahlt, denn alle Regierungen der westlichen Balkanländer unterstützen sie ernsthaft und in langfristiger Absicht, weshalb der regionale Jugendaustausch hoffnungsvoll als Chance für junge Leute wahrgenommen wird.

In der Tat wird diese Chance auch ergriffen: Während des ersten Bewerbungsprozesses seit Beginn des Förderprogramms Anfang 2017 sind insgesamt 421 Pro-

jektvorschläge von über 1300 Organisationen und mit ihnen vernetzte Schulen eingegangen. Dabei werden diejenigen Projekte gefördert, die dieselben Ziele anvisieren, wie sie sich RYCO selber gesetzt hat: Es sollen Bedingungen geschaffen und Aktivitäten unterstützt werden, die Versöhnung, Mobilität, Vielfalt, demokratische Werte, Partizipation, aktive Staatsbürgerschaft und interkulturelles Lernen fördern.



Participants of Youth Trail in front of RYCO Head Office Foto: RYCO

Das Erreichen der Ziele steht unmittelbar in Verbindung mit dem Erfolg von RYCO. Dieser hängt neben der Quantität und der Qualität der Treffen und deren direkten Auswirkungen auf die Teilnehmenden auch von der gesellschaftspolitischen Situation im Westbalkan ab. Doch die Umstände, unter welchen RYCO entstand, lassen einem positiv in die Zukunft blicken. Allein die Tatsache, dass es einen bereits existierenden erfolgreichen Jugendaustausch in der Region, den bereitwilligen politischen Kontext rund um die Westbalkan-Konferenz, den politischen Willen der sechs regionalen Regierungen zur Mobilitätsförderung und die Motivation zu einer aktiven Teilnahme der Zivilgesellschaft am Versöhnungsprozess gibt, lässt eine Versöhnung innerhalb der westlichen Balkanländer etwas möglicher erscheinen.

Nicholas Rüegg,  
Vorstandsmitglied SHV

## PROJEKT ‚CHALLENGE HISTORY 2‘ 2018

Wir haben Sie im letzten Rundbrief vom November 2017 über das erfolgreiche Pilotprojekt Sommerschule „Challenge History“ informiert, welches in Mostar (Bosnien und Herzegowina BiH) stattgefunden hat. Unterdessen laufen die Vorbereitungsarbeiten für das Projekt ‚Challenge History 2‘.

In diesem Jahr wird das Jugendprojekt vom Center for Peace and Tolerance (CPT), einer kosovarischen Nichtregierungsorganisation (NGO), geleitet. Die Schweizerische Helsinki Vereinigung SHV ist primäre Partnerorganisation (wie auch das Forum Ziviler Friedensdienst ZFD). Der Schwerpunkt von ‚Challenge History 2‘ bleibt derselbe, d.h. kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Westbalkans (WB), Vergangenheitsbewältigung und Engagement in der dortigen Zivilgesellschaft. Im Juli soll die zweite Sommerschule in Prizren (Kosovo) und danach Folgeaktivitäten im WB unter dem Motto ‚REACT FOR THE FUTURE: Reflection, Education, Action, Commitment, Together‘ stattfinden. Das Bildungsprojekt für Jugendliche soll weiterhin zu Inklusivität, Pluralismus und Transparenz beitragen, ausgerichtet auf eine friedliche europäische Zukunft.



Prizren

### Ausgangslage

Nach wie vor ist der Geschichtsunterricht in den Schulen im WB äusserst nationalistisch geprägt und in der Gesellschaft bestehen weit verbreitet Feindbilder. Weiterhin gibt es wenig Kontakte zwischen SchülerInnen inner- sowie ausserhalb einzelner Länder, was die Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen und Ländern verschärft.

### Aktivitäten

Das ‚Challenge History‘-Konzept besteht hauptsächlich aus der alljährlichen Durchführung einer Sommerschule, an der sich MittelschülerInnen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawiens mit der Geschichte der Region auseinandersetzen. Vom 22.-29. Juli 2018 soll die Sommerschule in der multiethnischen Stadt Prizren, stattfinden. Es werden 28 SchülerInnen im Alter von 17-18 Jahren aus dem Kosovo, BiH, Serbien, und neu auch Mazedonien daran teilnehmen. Folgeaktivitäten werden in den Schulen sowie den Gemeinden der Teilnehmenden in ihren jeweiligen Ländern durchgeführt. Aufgrund einer Befragung von Teilnehmenden und Trainern nach der ersten Sommerschule wird in ‚Challenge History 2‘ mehr Wert auf künstlerische bzw. kreative Aktivitäten gelegt.

Durch die Sommerschule soll das Bewusstsein der Teilnehmenden für die Vielschichtigkeit der Vergangenheit

gefördert werden. Die Jugendlichen sollen ermutigt werden, sich für grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Gesellschaft zu engagieren. Durch Öffentlichkeitsarbeit über die Sommerschule in den dortigen Medien, die Verbreitung eines selbst produzierten Dokumentarfilms, sowie die Veranstaltung schulischer Präsentationen und öffentlicher Podiumsdiskussionen sollen weitere Personengruppen im WB vom Projekt und seiner Botschaft erfahren.

Zusätzlich zur SHV, dem CPT und dem Forum ZFD wird das Projekt zusammen mit erfahrenen NGOs aus allen vier Ländern (‘regional implementing partners’) durchgeführt

### Resultate

Das Jugendprojekt will einen nachhaltigen Beitrag zur Friedensbildung und Zusammenarbeit im WB leisten. Kritisches Denken und konstruktive Debatte über die regionale Vergangenheit unter SchülerInnen, sowie die Förderung grenzüberschreitender Kontakte zwischen Jugendlichen sollen zur Verständigung und zum Austausch zwischen Bevölkerungsgruppen beitragen. Bei erneut gutem Gelingen soll das Projekt 2019 und 2020 in Serbien und Mazedonien weitergeführt werden.

### Anfrage

Das Projekt ‚Challenge History‘ setzt den mehrjährigen Einsatz der SHV für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit Jugendlichen im WB fort. Der Vorstand der SHV ist überzeugt, dass dieses Jugendprojekt einen echten Beitrag zu Friedensbildung und Zusammenarbeit im Westbalkan leisten kann. Die Kosten für die Vorbereitung und Durchführung der achttägigen Sommerschule werden mit 48'632 Euro budgetiert. Die SHV, die organisierende CPT und das ZFD bemühen sich, Sponsoren zu finden. Wir erlauben uns, auch Sie, verehrte Leserinnen und Leser, um eine finanzielle Unterstützung zu bitten.

Dr. iur. Malcolm MacLaren,  
Vizepräsident SHV



## BERICHT ÜBER DIE CSP-PARALLELKONFERENZ UND DIE OSZE-MINISTERKONFERENZ VOM 5./6. UND 7./8. DEZEMBER 2017

Die Civic Solidarity Platform CSP, der die SHV auch angehört, ist das Netzwerk von mehr als 90 NGOs aus praktisch allen OSZE-Staaten. Sie setzen sich für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat ein, sowohl in konkreten Fällen als auch grundsätzlich. Vertreterinnen und Vertreter der NGOs haben sich vor der Konferenz der OSZE-Teilnehmerstaaten in Wien zur Parallelkonferenz getroffen und am Schluss dem Ministerrat ein Paket von Empfehlungen übergeben. Ein Schwerpunkt ist die Erklärung von Wien „Verhindern, dass Sicherheits-Massnahmen Menschenrechte beeinträchtigen“ ([http://civicsolidarity.org/sites/default/files/\\_vienna\\_declaration\\_2017.pdf](http://civicsolidarity.org/sites/default/files/_vienna_declaration_2017.pdf)).



Foto: Oesterreichische Helsinki-Vereinigung OeHV

Vertreterinnen und Vertreter von NGOs aus verschiedenen Staaten, z.B. USA, Türkei, Polen, Spanien, Russland, Turkmenistan haben berichtet, dass sich die Menschenrechtssituation in ihren Ländern verschlechtert hat. Einer der Gründe ist, dass Regierungen die Terrorismusbekämpfung häufig als Vorwand benutzen, um Kritikerinnen und Oppositionelle zum Schweigen zu bringen. In vielen Ländern werden Randgruppen, z.B. Migranten oder Minderheiten als potentielle Terroristen behandelt. Organisationen, die sich für Menschenrechte einsetzen, werden beschuldigt, den Terrorismus zu fördern, ebenso Anwälte oder Journalistinnen. Die Gewaltenteilung, z.B. die Unabhängigkeit der Gerichte wird in verschiedenen Ländern eingeschränkt. Die CSP hält es für die Aufgabe der OSZE und seiner Teilnehmerstaaten, entsprechend den Helsinki Prinzipien, der Charta von Paris und weiteren Beschlüssen auf dem Schutz der Menschenrechte und den rechtsstaatlichen Verpflichtungen zu bestehen. Eine grosse Bedeutung hat auch die Erziehung von Jugendlichen. Nicht nur die Teilnehmerstaaten, auch die NGOs haben die Aufgabe, den Jugendlichen die Ziele der OSZE zu vermitteln.

**Die OSZE-Ministerkonferenz** hat in der Wiener Hofburg stattgefunden. Die Vertreterinnen und Vertreter der 57 Teilnehmerstaaten haben Beschlüsse gefasst zur Cyber-Sicherheit, zu den Gefahren von leichten und konventionellen Waffen sowie zur Bekämpfung des Menschenhandels, namentlich der Ausbeutung von Kindern. Ausserdem haben die Aussenministerinnen und Aussenminister beschlossen, die Zusammenarbeit

auf wirtschaftlicher Ebene zu intensivieren, vor allem zu Gunsten von Frauen und Jugendlichen sowie unter Beachtung der Grundsätze der good governance. Keine Einigung erzielten die Teilnehmenden, wie der Konflikt in der Ukraine einer Lösung entgegengebracht werden kann. Hier gibt es einzig eine Erklärung der Troika (Deutschland, Österreich, Italien), welche dazu aufruft, konkrete Schritte zur Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung im Osten der Ukraine zu unternehmen. Aussergewöhnlich ist eine weitere Erklärung der Troika und der Slowakei, welche alle Teilnehmerstaaten dazu aufruft, das Vertrauen wieder aufzubauen, welches in den letzten Jahren verlorengegangen ist ([http://www.osce.org/event/mc\\_2017](http://www.osce.org/event/mc_2017)).



Aussenminister Kurz nimmt die Wiener Erklärung der CSP entgegen  
Foto: OeHV

An der Ministerkonferenz wird von vielen Aussenministerinnen und Aussenministern beklagt, dass der Konflikt in der Ukraine nach wie vor täglich Opfer fordert. Auch die anderen „protracted conflicts“ bestehen weiter. Einzig im Transnistrien-Konflikt in Moldawien wurden kleine Fortschritte gemacht, die für die Bevölkerung spürbar sind, z.B. wurde eine Brücke wieder geöffnet und Besuche von Verwandten auf der anderen Seite des Dnjestr-Flusses erleichtert. Als Gefahren für die Sicherheit werden neben dem Terrorismus auch die Cyberkriminalität genannt. Auffallend ist, dass zur menschlichen Dimension keine Beschlüsse gefasst werden konnten, was auch schon in Hamburg, Belgrad und Basel in den letzten Jahren nicht möglich war. Zwar wünschen die Ministerinnen und Minister, dass die OSZE ihre Aufgaben gemäss Helsinki-Prinzipien und der

Charta von Paris besser ausüben soll. Dies bedinge aber die Unterstützung durch die Staaten. Mangelndes Vertrauen soll wieder hergestellt werden und der Dialog soll gefördert werden.

Die Ministerkonferenz ist natürlich auch eine Gelegenheit für bilaterale Treffen der Aussenministerinnen und Aussenminister und man sollte diese Möglichkeit nicht gering schätzen. Da ging es auch um Themen, welche mit der OSZE nichts zu tun haben. So haben die Aussenminister der USA und Russlands auch über Nordkorea gesprochen, und der Schweizer Aussenminister Cassis traf sich zum ersten Mal mit Kolleginnen und Kollegen.

**Aus Sicht der SHV und der CSP ist enttäuschend, dass keine Fortschritte im Bereich der Menschlichen Dimension gemacht wurden. Beunruhigend ist, dass gewisse Staaten die Teilnahme der NGOs an OSZE-Veranstaltungen, namentlich am HDIM in Warschau einschränken möchten.**

Sebastian Kurz, der heutige Bundeskanzler und damalige österreichische amtierende Vorsitzende der OSZE erwähnte an der Eröffnungssitzung des Ministerrates mit keinem Wort die ihm am Vortag übergebene Wiener Erklärung der CSP. Er äusserte vielmehr Verständnis für die „Sorgen“ einzelner Delegationen, welche die Teilnahme der Zivilgesellschaft einschränken wollen. Die CSP hat deshalb eine Erklärung publiziert zu den Mitwirkungsrechten der Zivilgesellschaft an Konferenzen der OSZE gemäss den Helsinki-Prinzipien und einstimmigen Beschlüssen aller Teilnehmerstaaten namentlich aus den Jahren 1992 und 2002 (<http://civicsolidarity.org/article/1520/safeguarding-civil-society-participation-helsinki-process-matter-osces-raison-detre>). Die SHV hat diese Erklärung ebenfalls unterzeichnet.

**Positiv zu würdigen sind die Auftritte an der Schlussitzung der CSP von OSZE-Generalsekretär Greminger, der Direktorin des Menschenrechtsbüros, Frau Gísladóttir, und des Beauftragten für Medienfreiheit, Herrn Désir, alle erst seit wenigen Monaten im Amt.** Sie würdigten die Arbeit der Zivilgesellschaft als sehr wichtig – Frau Gísladóttir bezeichnete die NGOs als „agents of change“- und versprachen, sich für die Menschliche Dimension einzusetzen.



Foto: OeHV

**Ebenfalls positiv waren meine Kontakte mit zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern anderer NGOs.** Darunter waren auch die Direktorinnen der Serbischen und Mazedonischen Helsinki-Vereinigung, zwei Organisationen, welche bei der Fortsetzung des Projekts Challenge History im Westbalkan beteiligt sein werden.

Christoph Lanz,  
Präsident



## SAVE THE DATE – DATUM RESERVIEREN

### JAHRESVERANSTALTUNG DER SCHWEIZERISCHEN HELSINKI VEREINIGUNG

**Freitag, 24. August 2018 ab 18 Uhr in Bern**

## AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN DER OSZE

Als Referenten konnten wir den **Generalsekretär der OSZE, Thomas Greminger** gewinnen.

Anschliessend werden Sie dem Referenten Fragen stellen und mit ihm diskutieren können. Benutzen Sie diese Gelegenheit, Informationen aus allererster Hand zu erhalten.

Die genaue Zeit und der Ort der Veranstaltung werden im **Rundbrief vom Juli** bekannt gegeben.

## SPENDENAUFRAF

Die SHV führt ihre Aktivitäten im Westbalkan und in der Schweiz fort. Die Mitglieder des Vorstandes arbeiten mit viel Energie an den Projekten. Wir brauchen aber auch finanzielle Mittel dazu. Deshalb bitten wir Sie um eine kleine oder grössere Spende und danken Ihnen schon jetzt herzlich dafür.

PC-Konto 80-60501-5 Schweizerische Helsinki Vereinigung, Bleicherain 7, 5600 Lenzburg  
Vermerk Spende / IBAN CH03 0900 0000 8006 0501 5

## SHV-VORSTAND

**Christoph Lanz**, Dr.iur., LL.M., ehem. Generalsekretär der Bundesversammlung, Bern, *Präsident*  
*christoph.lanz@shv-ch.org*

**Malcolm MacLaren**, Dr.iur., Privatdozent Universität Zürich, Freiburg im Breisgau, *Vizepräsident*  
*malcolm.maclaren@uzh.ch*

**Mario Andermatt**, B.A. Geschichte, Ostermundigen  
*andermatt.mario@gmail.com*

**Olivier Battaglia**, Bettingen, Grossrat BS, *Quästor*  
*olivier.battaglia@gmail.com*

**Cécile Blaser**, M.A. Europastudien, Bern  
*cecile.blaser@unifr.ch*

**Fabian Hunold**, lic.phil., Diplomat EDA, Bern  
*fabianhunold@gmail.com*

**Marie-Ursula Kind**, Dr. iur., LL.M., Zürich  
*marie.ursula.kind@gmail.com*

**Berry Kralj**, lic.iur., Wettingen  
*berrykralj@bluewin.ch*

**Daniel Müller**, M.A. Europastudien, Basel  
*daniel.mueller2@unifr.ch*

**Franziska Rich**, dipl.phil.II, Zürich  
*franziska.rich@gmail.com*

**Nicholas Rüegg**, B.A. ZFH, Sulgen  
*nicholas.rueegg@unifr.ch*

**Hanspeter Spörri**, Journalist und Moderator, Teufen  
*h.spoerri@bluewin.ch*

**Rolf Stücheli**, Dr.phil. lic.rer.publ. HSG, Historiker und Politologe, ehem. Minister EDA, Thun  
*roky.stuecheli@bluewin.ch*

**Hans Martin Tschudi**, Dr.iur., Riehen, a. Regierungsrat BS, Partner bei Furer & Karrer Rechtsanwälte, Basel  
*hans-martin.tschudi@furerkarrer.ch*

## EHRENPRÄSIDIUM

**Marianne von Grünigen**, Dr.iur. LL.M., a. Botschafterin

## SCHWEIZERISCHE HELSINKI VEREINIGUNG SHV

**SHV-Sekretariat**, Netzwerk Müllerhaus, Bleicherain 7, CH-5600 Lenzburg,  
Telefon 062 888 01 75, [info@shv-ch.org](mailto:info@shv-ch.org); [www.shv-ch.org](http://www.shv-ch.org)